

VERTRAULICHE MITTEILUNGEN®

AUS POLITIK, WIRTSCHAFT UND GELDANLAGE

REDAKTION/ABONNEMENTVERWALTUNG
BUCHVERSAND

D-78266 BÜSINGEN

D-27315 HOYA / POSTFACH 1251

TELEFON (0 77 34) 60 61

TELEFON (0 42 51) 5 61

TELEFAX (0 77 34) 71 12

TELEFAX (0 42 51) 30 70

Verlässlich und kompetent seit 1951

1 **Sehr geehrte Damen und Herren,**

die Entwicklung des Ukrainekrieges ist zweifelsohne für uns alle bedeutend. Doch es gibt – sollte eine direkte Beteiligung Deutschlands und der NATO am Ukrainekrieg verhindert werden – noch mindestens einen weiteren Problemkreis, der sich für die weitere Entwicklung unserer Wirtschaft, unseres Landes, als bedeutend erweisen wird. Es ist die Wirtschaftsentwicklung in China, für die immer mehr Experten nichts Gutes erwarten.

Die Regierung um Staats- und Parteichef Xi Jinping (der in diesem Herbst eine dritte Amtsperiode beginnen möchte) ist angesichts der sich im freien Fall befindenden Wirtschaft des Landes aufs Äußerste alarmiert. Es ist die erklärte und praktizierte Null-Covid-Politik Chinas, die die Wirtschaft des Landes schüttelt. Wegen nur weniger Covid19-Fälle werden landesweit immer wieder Millionen Menschen auf Wochen hinaus zwangsweise in Quarantäne geschickt und inzwischen leiden nicht „nur“ Dienstleister wie Restaurants oder Reiseunternehmen, sondern weite Teile der chinesischen Industrie stehen still, weil sich die Mitarbeiter in Quarantäne befinden und/oder es an wichtigen Zulieferteilen fehlt.

Die ersten für den Monat April ausgewerteten Daten deuten bereits auf eine schrumpfende Wirtschaft hin. Für die Volksrepublik China, deren Führung und Wirtschaftsexperten in den letzten drei Jahrzehnten ihre „Berechtigung“ aus einer stets und kräftig steigenden Wirtschaftsleistung herleiteten, kommt dies einer wirtschaftlichen Katastrophe gleich. Das für chinesische Verhältnisse ohnehin „bescheidene“ Wachstumsziel von 5,5 % dürfte in diesem Jahr nicht mehr zu halten sein. Sollte es den Planern in Peking gelingen, den Abwärtstrend im zweiten Halbjahr 2022 noch zu stoppen, bliebe bestenfalls mit einer Wachstumsrate zwischen 3 und 4 % zu rechnen.

Wie nervös Chinas Machthaber inzwischen sind, konnte man nach der Sitzung des Politbüros am vorletzten Freitag erkennen, auf der es um Maßnahmen zur Stützung der Wirtschaft ging. Wird die übliche Abschlusserklärung gewöhnlicherweise erst etliche Stunden nach Sitzungsende veröffentlicht, ging es diesmal weitaus schneller. Man wollte noch vor Wochenschluß ein entschlossenes Signal an Chinas Kapitalmärkte senden. Das gelang tatsächlich – Chinas Aktien verzeichneten an diesem Tag noch den stärksten Anstieg seit Wochen.

Nun soll mit einem ganzen Maßnahmenpaket der sich abzeichnenden Unbill entgegengewirkt werden. Es geht im Wesentlichen um zusätzliche bzw. vorgezogene Investitionen in die Infrastruktur des Landes, die Xi als „Grundpfeiler der wirtschaftlichen und der sozialen Entwicklung“ des Landes bezeichnete. Doch anders als nach der Finanzmarktkrise 2009 (als Peking ebenfalls zu Stützungsmaßnahmen griff) sollen diesmal keine „Geisterautobahnen“ und Brücken gebaut werden, auf denen nie ein Auto fuhr und auch keine Flughäfen, auf denen bis heute keine Maschine landete. Die „neuen“ Infrastrukturinvestitionen beziehen sich vielmehr u.a. auf den Mobilfunk („5G“), Anlagen zur Stromerzeugung aus „erneuerbarer“ Energie und „intelligent“ gesteuerte Stromnetze.

Auch die dem Immobiliensektor zuletzt angelegten Fesseln sollen wieder gelockert werden. Die Kreditvergabe an den Immobilienbereich wird wieder erleichtert und die Immobilienentwickler dürfen wieder freier als bisher über Gelder verfügen, die sie von ihren Kunden für noch nicht fertiggestellte Objekte vorab erhalten haben. Für kleine und mittlere Unternehmen (sogenannte KMUs) sind Steuererleichterungen, Rabatte bei den Sozialabgaben, Erleichterungen bei den Mieten und Energiekosten sowie eine staatlich verfügte Stundung von Zins- und Kreditrückzahlungen vorgesehen. Und selbst für den zuletzt stark gemaßregelten Technologiesektor wird es neue Erleichterungen geben.

Die Wirkung dieser zahlreichen Maßnahmen schätzen viele Experten allerdings als voraussichtlich nur bescheiden ein. Denn die Hauptursache für Chinas absehbare Wirtschaftskrise ist ganz eindeutig die von der Regierung verfügte Nulltoleranzpolitik bei der Pandemiebekämpfung. Aktuell gelten in fast 50 chinesischen Städten, in denen ein Drittel der chinesischen Wirtschaftsleistung erbracht wird, teilweise strenge Corona-Einschränkungen. Ein Abrücken von dieser Strategie ist der aktuellen chinesischen Führung kaum möglich, weil diese eng mit dem weiteren Schicksal Xis verbunden ist, der – wie gesagt – in diesem Herbst wiedergewählt werden soll. In internen Anweisungen hat Xi die Behörden des Landes deshalb angewiesen, in den nächsten Monaten wenigstens Wachstumswerte auszuweisen, die knapp über denen der USA liegen, um auf diese Weise die „Überlegenheit“ des chinesischen Systems und seiner Führer zu „beweisen“. Die „Null“ könnte damit theoretisch immer näher rücken und die reine Ideologie hat längst wieder das Ruder übernommen. (tb)

2 Europa: Paris wird den Kurs bestimmen, Berlin zahlt

Mit der Wiederwahl Emmanuel Macrons zum französischen Präsidenten ist grundsätzlich auch eine Fortsetzung seiner seit fünf Jahren praktizierten Europapolitik zu erwarten. Sie kann – stark verkürzt ausgedrückt – mit einem unbedingten „Ja“ zu Europa unter französischer Führung und einem „Nein“ zu einem nach französischer Auffassung zu großen deutschen Einfluß beschrieben werden. In Berlin machte man es Paris in dieser Hinsicht im Übrigen in den letzten Jahren recht leicht, was eine bedeutende Personalentscheidung widerspiegelt.

Im hochverschuldeten Frankreich war und ist man nämlich an einer Geldpolitik der möglichst niedrigen Zinsen interessiert. Weil man in Paris nur zu gut wußte, daß dies mit einem aus Deutschland stammenden EZB-Präsidenten kaum zu realisieren wäre, drängte Macron darauf, dieses Amt mit der Französin Christine Lagarde zu besetzen, die schon zu dieser Zeit bezeichnenderweise den Spitznamen „Madame Inflation“ trug. Die Bundesregierung, damals noch unter Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU), hielt still. Merkel nutzte lieber die sich dadurch ergebende Chance, im Gegenzug den Prestigeposten des EU-Kommissionspräsidenten besetzen zu können – sie lobte Ursula von der Leyen von Berlin nach Brüssel fort und war nach verbreiteter Beobachterüberzeugung aus verschiedenen Gründen insgeheim sehr froh, diese endlich losgeworden zu sein.

Schon zu Beginn seiner ersten Amtszeit machte Macron übrigens auch keinen Hehl aus seiner Auffassung, daß Deutschland eine weltweit viel zu starke Rolle spiele, die „in der jetzigen Ausprägung nicht tragbar“ sei. Er versteht sich in dieser Frage im Übrigen bestens mit Lagarde, die sich bereits früher als Chefin des Internationalen Währungsfonds (IWF) ähnlich geäußert hatte. Beide sehen Europas finanzielle Zukunft nicht mit einem Wettbewerbssystem gesichert, in dem es primär um nationale Selbstverantwortung, Effizienz, handhabbare Staatsschulden und eine möglichst stabile Währung geht. Sie bevorzugen vielmehr ein EU-weites Umverteilungssystem, womit sie der grundsätzlichen Lehre der wenigen französischen Eliteuniversitäten folgen, deren Absolventen die beiden natürlich auch sind. Ihr eindeutiges Ziel bleibt eine Transfer-Union möglichst autonomer Staaten, bei der die „Starken“ zahlen, womit in erster Linie Deutschland gemeint ist. In der Deutschland gegenwärtig regierenden Ampel-Koalition hat man sich mit dieser Rolle längst abgefunden: „Wir werden eine Regierung bilden, die deutsche Interessen im Lichte europäischer Interessen definiert“, heißt es in der Präambel der rot-grün-gelben Regierungserklärung. Es ist ein Satz, der in Paris wohl niemandem über die Lippen käme . . .! (tb)

3 US-Finanzministerin warnt EU vor Ölembargo

US-Finanzministerin Janet Yellen warnte die Staaten der Europäischen Union kürzlich vor einem übereilten Abnahmestopp für russisches Erdöl. Ein vollständiges Importverbot für russisches Öl (und noch mehr gälte dies für Erdgas) könnte schwerwiegende Folgen auch für die USA und deren westliche Verbündete, die nicht der EU angehören, nach sich ziehen. Möglicherweise, so die frühere Fed-Chefin Yellen, wäre der wirtschaftliche Schaden eines solchen Embargos weitaus höher als der politische Nutzen. Es sei zwar richtig, wenn man in Europa versucht, die Abhängigkeit von russischen Energielieferungen drastisch zu verringern. Doch Vorsicht sei angebracht, sobald man über ein komplettes Verbot russischer Öllieferungen nach Europa nachdenke. Es bestände schließlich die Gefahr erheblicher und die Konjunktur stark belastender Ölpreissteigerungen, während es tatsächlich „nicht allzu viele negative Auswirkungen auf Russland geben“ könnte. Die US-amerikanische Investmentbank JPMorgan warnte für den Fall eines sofortigen EU-Importverbots für russisches Erdöl bereits vor einem bis auf 185 Dollar/Barrel steigenden Rohölpreis (in den letzten vier Wochen pendelte dieser zwischen 100 und 115 Dollar). (tb)

4 Von Dohnanyi warnt

Der frühere Oberbürgermeister von Hamburg, Klaus von Dohnanyi (SPD), warnte im Norddeutschen Rundfunk kürzlich vor einer Verharmlosung der aktuellen Kriegsgefahr für Deutschland und die Welt: „Sehr schnell kann es sein, daß man durch einen kleinen Fehler eine Situation schafft, die sich dann selbstständig und aus der man dann auch schwer herauskommt.“ Er habe das Gefühl, daß sich gerade junge Menschen kaum mehr vorstellen können, wie Krieg tatsächlich sei. Er dagegen könne sich als nunmehr alter Mensch noch sehr gut an die Bombennächte des Zweiten Weltkriegs erinnern.

Laut von Dohnanyi hätten die USA gut daran getan, gleich nach dem russischen Angriff auf die Ukraine einzulenken und das Gespräch mit Moskau zu suchen. Doch US-Präsident Joe Biden habe dies, so der frühere Hamburger Oberbürgermeister, zunächst ausdrücklich ausgeschlagen. Keine Reaktion sei aus Washington auch im letzten Herbst gekommen, als Russlands Präsident Wladimir Putin in einem an den US-Präsidenten gerichteten Schreiben eine gegenseitig akzeptable Festlegung auf den künftigen Status der Ukraine eingefordert hatte. Auch hier habe sich Biden laut von Dohnanyi einstweilen nicht verhandlungsbereit gezeigt.

Natürlich, so der Alt-Bürgermeister weiter, müsse man in der NATO und in Deutschland militärisch gerüstet und hellwach bleiben. Und man dürfe dabei auch nicht die grundsätzliche Taktik der USA übersehen. Er habe einst persönlich NATO-Übungen im Auftrag des damaligen Bundeskanzlers Helmut Schmidt (SPD) beaufsichtigen müssen und dabei erlebt, wie die USA Deutschland im Ernstfall „verteidigen“ wollten: Im Falle eines Vorrückens sowjetischer Panzer auf deutschem Boden hätten die USA, so von Dohnanyi sinngemäß, dort einige Atombomben abgeworfen, um die Sowjets aufzuhalten. Ähnlich äußerte sich im Übrigen auch einmal der CDU-Politiker Willy Wimmer, der zusammen mit Helmut Kohl einer ähnlichen Übung beiwohnte.

Abschließend bedauerte von Dohnanyi den derzeitigen Abbruch der diplomatischen Gespräche zwischen den USA und Russland außerordentlich. Gerade jetzt müsse man möglichst ununterbrochen verhandeln und miteinander sprechen. Auf die in diesen Zusammenhang provokativ gestellte Frage, was er aktuell von dem Begriff „Putin-Versteher“ halte, bezeichnete er diesen als „Quatsch“. Denn „wenn man seinen Gegner nicht versteht, kann man auch nicht mit ihm umgehen“. (tb)

5 Schon wieder soll Ideologie statt Wertschöpfung Lebenszweck sein

(von Prof. Dr. Eberhard Hamer, Hannover)

Der Autor erlebt zum dritten Mal, wie Deutschland sein wirtschaftliches und gesellschaftliches Heil in der Durchsetzung antiwirtschaftlicher Ideologien sucht, erst nazi- und kommunistisch-sozialistische Ideologien, jetzt Umweltideologie und Klimawahn.

Ausgeplündert, verarmt und in Ost und West als Kolonie der Siegermächte haben wir nach dem Krieg bei null wieder anfangen und uns von bescheidensten Anfängen langsam durch größten Fleiß wieder hochrappeln müssen.

Niemand von der Wiederaufbaugeneration hätte gedacht, dass schon ihre Enkel wieder für irrealen Ideen statt für Realitäten leben wollen. Das fing mit den 1968ern an, die entdeckten, dass fleißige Bürger mehr erreicht hatten als faule oder unproduktive, dass dadurch eine „ungerechte Vermögensverteilung“ entstanden sei und dies mit der größten Umverteilung der deutschen Geschichte korrigiert werden müsse – die wir jetzt haben.

Parallel dazu ging es in der ehemaligen DDR nicht um das Wohl der Einzelmenschen, sondern um Durchsetzung sozialistischer Ideologie. Wohlstand sollte nicht dem Einzelmenschen, sondern „der Herrschaft und Ausbreitung des Sozialismus“ dienen. Nutznießer dieses Kollektivismus waren die Ideologiekader der Parteifunktionäre, des Militärs sowie aller sonstigen Funktionäre. Die DDR blieb in der Produktivität wegen falscher Planung, Verteilungsproblemen, mangelnder Motivation, Korruption und den hohen Besatzungskosten an die Besatzungsmacht zurück. Ergebnis: 1989 war die DDR pleite, ihre Ideologie am Ende und die verarmte Bevölkerung stand, wie wir alle 1945, wieder vor einem Neuanfang.

Das doppelte Scheitern, Wohlstand durch Ideologie statt durch Wertschöpfung zu erreichen, hat bei uns jetzt nicht etwa zur Abkehr von solchen Fehlversuchen, sondern wieder zu neuer, dieses Mal internationaler Ideologie geführt, der Umweltideologie. Der heutigen Wohlstandsgeneration, die durch den Fleiß ihrer Eltern und Großeltern einen nie dagewesenen Lebensstandard genießen darf¹, ist eingeredet worden, dass dieser Lebensstandard räuberisch, umweltzerstörend, ungerecht und deshalb kein Lebenszweck sei, dass es nicht mehr auf produktive und wirtschaftliche Leistung, sondern auf Ökologie (was immer dies sein mag) und Weltklimaretterung o.a. ankomme. Tausende junge Menschen wollten freitags nicht mehr arbeiten, sondern „for future“ leben. Selbst in den Kirchen geht es heute nicht mehr so sehr um die Rettung der Seelen als um die Rettung des Klimas, die Rettung der Welt, die angeblich in 100 Jahren dem Untergang geweiht sei.

Nirgendwo wird diese Klimaideologie so fanatisch zelebriert wie in Deutschland, wo unsere Politiker dafür sogar unseren eigenen Wohlstand zu vernichten bereit sind, um angeblich das Weltklima zu retten:

- Dass unser heutiger Lebensstandard aus dem Schweiß, den Mühen der früheren Pioniergeneration entstanden ist, wird heute umgedreht und als „historische Schuld der Industrialisierung“ (Thunberg) dargestellt. In diesem Sinne hat Deutschland als Industriestaat wieder „besondere Schuld gegen die Umwelt auf sich geladen“ und soll deshalb seinen produktivsten und für den Wohlstand wichtigsten Industriesektor (Automobilindustrie) zuerst reduzieren bzw. auf dem Altar der Klimatheologie opfern.
- Während die großen CO₂-Sünder wie die USA (33 %), China (28 %) oder Indien (24 %) ihren Anteil an der Umweltschädigung weiter erhöhen, zwingen deutsche Ideologen unsere Politik bei nur einem Anteil von 2,0 % CO₂-Verbrauch zu unsinnigen teuren selbstzerstörerischen Reduktionen. Inzwischen hat Deutschland die höchste CO₂-Steuer, die höchsten Energiekosten, die strengsten Klimaschutzvorschriften, die fanatischsten Kader der Klimaaktivisten und ist dazu noch bereit, das dreifache seines jährlichen Finanzbudgets als Schulden für alle Europaländer zu übernehmen, damit diese als „grüne Ausgaben“ in den europäischen Pleiteländern verbucht werden können.
- „Green Deal“ nennt die EU das angebliche Umweltverschuldungsprogramm mit mehr als 800 Milliarden Euro, zur Hälfte als Geschenke, insgesamt ohne Rückzahlungsplan, Haupthafter aber Deutschland.
- Die grüne Ideologie bestimmt inzwischen unser ganzes Leben. Von den Produkten, wie wir produzieren dürfen über Lebensmittel, über Investitionen, die „grün“ sein sollen (auch Atomkraftwerke) und den Ressourcenverbrauch, der recyclebar sein muss; alle unsere Lebensbereiche mit immer mehr Vorschriften und Freiheitsbeschränkungen.
- Wie in allen Ideologieschüben soll auch in der Umweltideologie die Angst Triebfeder des Handelns sein. Die Menschen sollen nicht mehr rational handeln, sondern aus Angst vor dem angeblichen Untergang der Arktis, der Meere, der Wälder, der Ackerflächen und dem Ende der Ressourcen.
- Wohl nur aus solcher Angst dulden deshalb die Bürger stillschweigend die hohen ideologischen Mehrkosten bei Energie, Ernährung, Gesundheit u.a. sowie gleichzeitig die Absenkung ihres Lebensstandards durch die Ökologie-Schuldenorgie und dadurch steigende Preise².
- Der große Vortest mit der „Corona-Angst“ war wohl für die künftige Klimaangst-Politik bestimmt, soll die Menschen zunehmend dirigieren und wieder Kollektiven – statt persönlichen – Zielen unterwerfen, soll die Menschen von individuellen wirtschaftlichen Zielen auf kollektive staatliche Ideologieerfüllung umpolen. Alles, wie schon zweimal zuvor gehabt und zweimal gescheitert!

Die Erfahrungen der zweimal gescheiterten Ideologien der vergangenen Generation haben offenbar nicht ausgereicht, wieder falschen Ideologiepropheten nachzulaufen. Die Folgen wird diese Generation bald selbst büßen: Mindestrenten, Mindestversorgung, Arbeitslosigkeit und Armut werden wieder kommen, bis das neue Ideologiesystem ebenfalls an seinen Fehlern zusammengebrochen sein wird und die Menschen wie 1945 und 1989 wieder einmal aufwachen.

Nur haben wir noch keine Erfahrung, wie sich eine dann mehrheitlich multikulturelle Bevölkerung in Deutschland in einem Crash verhält, wenn die Sozialversprechen der üppigsten Sozialversorgung zusammenschrumpfen

1 Von Kapitalistennachkommen (z.B. Reemtsma, Thunberg) wohl aus eigener „Vergangenheitsbewältigung“

2 Vor allem bei Energie und Rohstoffen

und damit der Grund für die Immigration nach Deutschland wegfällt, das Sozialparadies geplatzt ist. Der schuldige „weiße Mann“ steht für die grünen Ideologen schon fest, also die Eltern- und Großelterngeneration, welche mit Fleiß, Mühe und unter Opfern überhaupt den Wohlstand anstatt der nun gewünschten Ideologie geschaffen hat.

Ein Volk, welches eine wirtschaftlich sich selbst schädigende Politik „ohne Alternative“ und dazu irrealer Ideale auf Kosten seiner bisher erfolgreichen Wirtschaftsstruktur duldet, darf nachher seinen wirtschaftlichen Absturz, Wohlstandsverlust und Verarmung nicht wieder anderen in die Schuhe schieben. Nicht nur politisch, sondern auch wissenschaftlich wurde rechtzeitig und immer wieder gewarnt, wurden Alternativen – erfolglos – angeboten.³

Die Bevölkerungsmehrheit hat dennoch die Verschärfung der schon von Merkel begonnenen rot-grünen Selbstzerstörungspolitik gewählt – ist also wieder „kollektiv“ an ihrem kommenden Wohlstandsverlust selbst schuld.

3 Aufsatzbände des Mittelstandsinstituts Niedersachsen, z.B. „Die Mittelschicht in Krise und Wandel“, 2020

6 Es wird Zeit . . .

Nachdem nun die vorgeblich „Schuldigen“ benannt werden können (Corona-Pandemie und Ukrainekrieg) steht einem – noch geordneten – Zusammenbruch der internationalen Finanzmärkte nichts mehr entgegen. Natürlich sind „Corona“ und die „Ukraine Krise“ nicht die Ursachen, sondern höchstens der letzte Auslöser für eine nicht mehr zu verhindernde Entwicklung, deren Hauptursachen in einer über Jahre hemmungslosen Ausweitung der Geldmengen und einer Nullzinspolitik liegen, die schon seit Jahren ehrliche Sparer bestraft und verwegene Finanzjongleure – auch im staatlichen Bereich – prinzipiell belohnt. Doch die jetzt aufkommende und von immer breiteren Bevölkerungskreisen wohl nicht mehr lange akzeptierte Geldentwertung sorgte in der US-Fed bereits für ein erzwungenes Umdenken und auch die von „Madame Inflation“ Christine Lagarde geführte Europäische Zentralbank (EZB) muß demnächst ihre extreme Geldmengenausweitung (Anleihekäufe) deutlich zurückfahren, bevor es dann noch in diesem Sommer möglicherweise zu einer ersten, noch bescheidenen Zinserhöhung kommen dürfte. Ob uns dies noch vor dem Schlimmsten (galoppierende Inflation, Crash) bewahren kann, ist aber fraglich.

Eine diversifizierte Geldanlage unter verstärkter Beachtung von Sachwerten (Immobilien, Edelmetalle) ist und bleibt damit das Gebot der Stunde. Wer die dafür erforderlichen Summen freimachen kann, sollte aber auch über eine zusätzliche Bankverbindung im Ausland nachdenken. Dabei ist es wichtig, ein Land zu wählen, das im Ernstfall nicht direkt unter das dann wohl strikte Krisenregime der EZB bzw. deren politischer Vollstrecker fällt. Es muß mithin ein Land sein, das nicht der Europäischen Union und erst recht nicht dem Euro-Kunstwährungsverbund angehört und das bestenfalls über eine Währung verfügt, die sich in den letzten Jahrzehnten als vergleichsweise stabil erwiesen hat.

In Deutschlands geographischer Nähe ist dabei in erster Linie an Norwegen und die noch besser erreichbare Schweiz zu denken, wo für das Begründen einer neuen Bankverbindung idealerweise ein Betrag von umgerechnet rund 30 000 € oder mehr zur Verfügung stehen sollte. Unser Haus unterhält seit Jahrzehnten eine von hoher gegenseitiger Wertschätzung gekennzeichnete Geschäftsbeziehung zu einer kleineren, grenznah gelegenen schweizerischen Bank, die nicht nur eine volle Staatschaftung, sondern auch grundsätzliche Bilanzzahlen vorweisen kann. Auf Wunsch teilen wir interessierten Damen und Herren den Namen dieser Bank rein nachrichtlich gerne mit. Bitte, senden Sie bei Interesse einen an Sie adressierten und mit 1,00 € frankierten Rückumschlag an die Redaktion der „Vertraulichen“ in D-78266 Bisingen. Wir nennen dann nicht nur gerne den Namen der Bank, sondern fügen auch einen kleinen Plan der betreffenden Stadt bei. Anfragen per Fax (0 77 34/71 12) oder Mail (verwaltung@vertrauliche-mitteilungen.de) beantworten wir natürlich ebenfalls sehr gerne, dann aber ohne „Stadtplan“. (tb)

7 „Crazy World – EU, Klima & sonstige Katastrophen“

In der Europäischen Union empfinden immer mehr Beobachter die Luft als stickig, weil die Zahl der Tabuthemen zunimmt. Klima-Katastrophe, Energiewende, Corona-Angst – die Liste der Themen, zu denen es möglichst nur noch eine „offizielle“ Meinung geben soll, ist lang und wird jeden Tag etwas länger. Und mit Blick auf unsere immer brüchigere Gesellschaftsordnung und den damit zu befürchtenden christlichen Untergang sagen kritisch-besorgte Beobachter längst: „Europa schafft sich ab!“.

In seinem neuen Buch nimmt der konservative Autor Armin Steinmeier nun diese Mißstände unter dem Titel „Crazy World – EU, Klima & sonstige Katastrophen“ kritisch unter die Lupe. Er nimmt dabei kein Blatt vor den Mund, will wachrütteln und stellt die EU schonungslos an den Pranger. Dem geneigten Leser ergibt sich damit ein interessanter Blick hinter die Kulissen und er wird zum eigenen Nachdenken angeregt. Es ist Steinmeiers selten gewordene Offenheit, mit der wohl noch niemand vor ihm brennende Themen der EU- und Weltpolitik aufgegriffen hat.

„Crazy World – EU, Klima & sonstige Katastrophen“ (146 Seiten) kann ab sofort für 12,90 € zzgl. 2,95 € Versandkostenpauschale (ab einem Warenbestellwert von 40,- € versandkostenfrei im Inland) über unseren Buchdienst in Hoya an der Weser bezogen werden. Bitte, richten Sie Ihre freundliche Bestellung an: Verlag Arbeit und Wirtschaft, Postfach 1251, D-27315 Hoya/Weser, Tel.: 0 42 51/5 61, Fax: 0 42 51/30 70, E-Mail: buchversand@vertrauliche-mitteilungen.de. Oder besuchen Sie uns im Internet unter www.wunschbuecher.de, wo wir dieses und viele weitere interessante Bücher für Sie bereithalten. (tb)

8 Für Sie auf gelesen:

„Die Chance klopft öfter an, als man meint – aber meistens ist niemand zu Hause.“

Herausgeber: Verlag Arbeit und Wirtschaft – Verlag und Versand – OHG, Postfach, D-78266 Bisingen. Bankverbindung: Sparkasse Engen-Gottmadingen DE11 6925 1445 0008 1044 40 (BIC: SOLADEST1ENG). Verantwortliche Redakteure: Dipl.-Ök. Thomas Brüggemann (tb), Dr. Eike Hamer v.V. (eh).

Druck: Adam Prettenhofer GmbH & Co. KG, D-27324 Eystrup. Wir geben unsere Meldungen, Auskünfte und Empfehlungen nach bestem Wissen. Haftungsansprüche sind außer bei Vorsatz und grober Fahrlässigkeit ausgeschlossen und verjähren in 6 Monaten, nachdem von den sie begründenden Umständen Kenntnis erlangt wurde, spätestens aber in 3 Jahren.